

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

25. Juni 1946

Blatt 888

Ausgabe von Gemüseplänzchen

Die Mag. Abt. 53, Siedlungs- und Kleingartenwesen gibt die achte Partie Gemüseplänzchen in der Gärtnerei des Zentralfriedhofes (Haupttor) (Kohl, Kohlrabi, Karfiol, Spätgemüse) am Dienstag, den 18. Juni 1946 in der Zeit von 8 bis 11 Uhr aus und die neunte Partie im städt. Peservegarten Wien II., Vorgartenstrasse 160 (Kohl, Kraut, Kohlrabi, Porree, Spätgemüse) am Dienstag, den 18. Juni von 13 bis 16 Uhr und am Mittwoch, den 19. Juni 1946 von 8 bis 15 Uhr.

Die Ausgabe erfolgt nur an Ernteländler gegen Vorlage der Erntelandausweiskarte 1946 gegen einen Spesenbeitrag von 1.- Schilling pro Paket. Packmaterial ist mitzubringen. Ein Rechtsanspruch auf Ausfolgung besteht nicht.

300.000 kehrten zurück

Im Kriege ging die Bevölkerung Wiens ständig zurück. Bei der Volkszählung im Mai 1939 wurden in den 26 Bezirken Wiens rund 1.930.000 Menschen festgestellt. Je länger nun der Krieg dauert, umso grösser wurde der Menschenverbrauch, so dass am Ende des Krieges nur mehr 1.520.000 Menschen in Wien lebten. Dabei war das vergangene Regime ohne Unterlass darauf aus, ausländische Arbeitskräfte zu mobilisieren und hieher zu bringen. Als der Krieg zu Ende war, strömten diese ausländischen Arbeitskräfte wieder nach Hause, viele andere kehrten wieder "heim ins Reich" und nicht wenige flüchteten in die westlichen Länder. Wiens Bevölkerung sank weiter - bis auf 1.323.000. Dies war die niedrigste Bevölkerungszahl, die Wien seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu verzeichnen hatte. Nunmehr scheint dieser Tiefstand wieder überwunden zu sein und es kehren viele, die der Krieg aus ihrer Heimatstadt hinaus getrieben hatte wieder nach Wien zurück. Bis Mai dieses Jahres

war die Wiener Bevölkerung wieder auf 1,618.000 angestiegen. Im Zeitraum von 10 Monaten kehrten demnach fast 300.000 Menschen wieder nach Wien zurück. Freilich fehlen noch immer über 300.000 Menschen, wenn Wien wieder zu der Volkszahl zurückfinden soll, die es vor dem Kriege gehabt hat. Vor allem fehlt es an Männern in unserer Stadt. Von den 1,618.000 Menschen, die im vergangenen Monat ermittelt wurden, zählten 674.000 zum männlichen und 944.000 zum weiblichen Geschlecht; es gibt also um 270.000 mehr Frauen als Männer in Wien. Das Verlangen nach der Heimsendung der Kriegsgefangenen wird unter diesen Umständen zu einer brennenden Frage.

Die geltenden Gemüsepreise

=====

Das Marktamt der Stadt Wien gibt nachstehend die Verbraucherhöchstpreise der wichtigsten einheimischen Gemüsearten bekannt:

Kohl A je kg	1.20	Kohlrabi A je kg	1.68
" C " "	-.62	" C " "	-.96
Frühkraut A je kg	1.--	Karotten A 2.5 cm St.	-.08
Hauptelsalat, Soloware		" C je kg	1.20
üb. 30 dkg je Stück	-.23	Dillkraut A " "	1.10
" je kg	-.48	Petersilgrün A je kg	1.70
Kochsalat je kg	-.70	Selleriegrün A " "	-.96
Flätterspinat je kg	-.48		
Stengelspinat A je kg	-.30		
Mangold A je kg	-.22		

Diese Preise gelten nicht für ausländisches Gemüse, das als solches ausdrücklich angeschrieben werden muss.

Die Budgetdebatte im Rathaus

=====

Der Gemeinderat setzte heute seine Beratungen des Vorschlages für 1946 fort.

Bürgermeister Körner eröffnete die Sitzung um 8:15 Uhr. Der Gemeinderat setzte die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe IX fort.

OB. Dr. Soswinsky (KÖ) sprach über die Notwendigkeit durch den Abschluss von Kompensationsverträgen raschest die nötigen Waren zu beschaffen. Mit Hilfe der Gemeinde Wien sollte eine Organisation ins Leben gerufen werden, die diese Kompensationswaren erfasst.

Der Redner stellte dann einen Antrag zur Überprüfung der Liegenschaftsenteignung. Verdienten Rüstungsarbeitern, die wohl keine Nazi sind, wurden auf Grund ihrer Leistungen Liegenschaften zugesprochen. Die Gemeinde Wien wäre nun verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren nach Kriegsende auf diesem Grundstück ein Siedlerhaus zu bauen. Es wird nun die Überprüfung aller Schenkungen und Verträge, die während der Nazizeit geschlossen wurden, verlangt; außerdem wäre ein Bericht an die zuständigen Abteilungen, vor allem an die Finanzabteilung zu erstatten, damit übersehen werden kann, welche finanziellen Belastungen der Gemeinde aus solchen Verträgen der Vergangenheit entstehen könnten.

Zum Schulproblem verlangte Gemeinderat Dr. Soswinsky die genügende Bereitstellung von Lesebüchern. Auch sollte man dem Turnunterricht im nächsten Jahre größere Bedeutung beimessen.

Gemeinderat Hohl (ÖVP) stellte im Hinblick darauf, daß in Wien ein Mangel an Spitalern sei, den Antrag, das im 18. Bezirk in der Schopenhauerstraße 79, bestehende Notspital nicht aufzulassen, bzw. erst dann, wenn eine neue Unterbringungsmöglichkeit für die Kranken dieses Spitals gefunden sei. (Beifall) Freilich sei dieses Spital in einem Schulgebäude untergebracht und die Gemeinde Wien trachte, alle diese Gebäude wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zuzuführen. Doch habe dieses Spital gerade in der Zeit der erhöhten Seuchengefahr Hervorragendes geleistet und wäre auch jetzt schwer zu entbehren.

Amtsführender Stadtrat Flödl gab in seinem Schlußwort der Überzeugung Ausdruck, daß in der gegenwärtigen Situation keine Gefahr von Grundstückverkäufen durch Privatpersonen bestehe. Auch die Gemeinde Wien hat nicht die Absicht, solche Verkäufe vorzunehmen, sondern sie will im Gegenteil Grundstücke kaufen oder gegen geeignete austauschen. Eine Mitwirkung der Bezirksvorstehungen bei der Abschließung von Pachtverträgen wird bereits praktiziert.

Was die Grundschenkungen der Nazi betreffe, so sind von den im Vorjahr 50 Beschenkten, 30 gar keine Nationalsozialisten gewesen. Bei jenen, wo die Mitgliedschaft der NSDAP feststand, wurden Subpächter eingesetzt. Bei Grundverpachtungen durch die Gemeinde Wien kommt in jedem Vertrag zum Ausdruck, dass eine Weiterverpachtung verboten ist. Wo dies trotzdem gemacht wird, wäre eine Anzeige zu erstatten. Der Redner versprach, dass die Schulen nach Möglichkeit mit den notwendigsten Materialien ausgestattet werden sollen. Im vergangenen Winter standen den Wiener Schulen 5.500 Tonnen Kohle und Koks zur Verfügung, doch konnte die Beheizungsperiode erst im Monat Dezember begonnen werden, weil die Alliierten eine frühere Beheizung nicht erlaubten. Die Neuherstellung von vielen Millionen Schulbüchern, stösst auf grosse Schwierigkeiten, weil weder die notwendigen Papiermengen aufgebracht werden, noch die Druckereien die Arbeit bewältigen können.

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe IX wurde einstimmig angenommen und die in der Spezialdebatte gestellten Anträge der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Beratung der Verwaltungsgruppe "Ernährungsangelegenheiten" leitete amtsführender Stadtrat Sigmund mit einem umfangreichen Referat ein. Er machte einleitend die Feststellung, dass gerade diese Verwaltungsgruppe von jeglicher politischen Auseinandersetzung frei sein müsse. Die Zusammenarbeit aller drei demokratischen Parteien habe sich restlos bewährt. 100 % der Lebensmittel für die Wiener Bevölkerung werden von den Alliierten geliefert, die daher auch das Recht beanspruchen, über die Verteilung zu bestimmen. Aus der Zoneneinteilung hat sich manche Schwierigkeit in der Versorgung ergeben. Wir konnten eher ein Schiff aus New York als einen Transport aus Oberösterreich und aus der Steiermark erwarten. Die Ernährung aller Gruppen ist absolut unzureichend, manche Gruppen sind aber besonders schlecht gestellt und bedürfen dringend der Hilfe. Der Berichterstatter verweist hier vor allem auf die Jugendlichen im Alter von 12 - 18 Jahren, auf die Hausfrauen, deren Kunst und Sorge es überlassen bleibt, wie sie ihre Familie über diese Zeit hinwegbringen, und die alten Leute, die besonders an den Folgen der Fehl- und Unterernährung zu leiden haben. Verschiebungen innerhalb der Gruppen können aber nur gemacht werden, wenn dem einen weggenommen wird, was dem anderen gegeben werden soll.

Besonders gross sind die Schwierigkeiten bei der Festlegung der wöchentlichen Lebensmittelaufrufe, an der die vier alliierten Mächte, die UNRRA und das österreichische Ernährungsdirektorium beteiligt sind. Es ist eine ungleiche Art der Verhandlung, wenn man als Bittsteller kommen muss. Zu alledem kommen noch Erschwernisse, die in unserer eigenen Bevölkerung liegen, wo einzelne Gruppen besonders berücksichtigt werden sollten. Zusätzliche Aufrufe sind aber mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, da immer eine grosse Menge von Lebensmitteln gleicher Qualität und gleicher Art benötigt wird. Die Zahl der Verbraucher beträgt rund 1.600.000, davon sind 85.000 Schwerarbeiter, 300.000 Arbeiter und 210.000 Angestellte. Die Zahl der Kranken, denen ärztlicherseits Lebensmittelzubussen verschrieben werden, beläuft sich zur Zeit auf durchschnittlich 20.000. Für sie wurden im letzten Monat über 280.000 Liter Milch, über 85.000 kg Brot und über 2.000 kg Kalbfleisch benötigt. Von den Spitälern werden wöchentlich 11.000 kg Frischfleisch gebraucht.

Der Berichterstatter verweist darauf, dass das Wiener Zentralernährungsamt ursprünglich nur ein Verteilungsapparat war, dass es aber später auch die Möglichkeit der Beschaffung zusätzlicher Lebensmittel aus eigenem Ergriff, um Katastrophen zu verhindern. Er erinnert an seine Verhandlungen in der Tschechoslovakei, durch die es ihm dank der besonderen Unterstützung des Gen. Jiravský gelang, 800 Waggons Kartoffeln nach Wien zu bringen.

Wenn man den Verbrauch genau festlegt, müsste man unter Mitwirkung aller drei demokratischen Parteien auf der anderen Seite auch die strengste Bewirtschaftung der Erzeugnisse herbeiführen. Der Schwarz- und Schleichhandel hat bereits eine Frechheit erreicht, die zu schärfsten Massnahmen drängt. Unter dem lebhaften Beifall des Gemeinderates teilt der Berichterstatter mit, er habe veranlasst, dass wenn auf der einen Seite Strenge in der Verteilung angewendet werde, auch auf der anderen Seite ebenso streng wie hart im Kampf gegen den Schleich- und Schwarzhandel zugegriffen wird. Das Zentralernährungsamt hat im März 54, im April 1230, im Mai 2076 Anzeigen wegen Schleich- und Schwarzhandel behandelt.

Die Belieferung des schwarzen Marktes erfolgt aus einzelnen Quellen, deren Behandlung uns unmöglich ist, und aus anderen, die zu stopfen ich die Absicht habe. So wenig ich in den Fehler verfallen werde, aus den Handlungen einzelner ein Urteil über einen ganzen Stand abzugeben, uns so sehr ich anerkennen muss, dass mir die Innungen und Gremien in den letzten Monaten wertvolle Mitarbeit ge-

leistet haben, so sehr muß ich sagen, daß ich gegen alle Auswüchse von Angehörigen dieser Gruppe auf das strengste vorgehen werde. An Hand eines besonders krassen Beispiels zeigt der Berichterstatter auf, wie einzelne angesichts der ungeheuren Notlage noch immer glauben, Lebensmittel als Kapitalsanlage verwenden zu können. In Zukunft würden Namen und Adressen solcher Menschen, die sich an der Gemeinschaft versündigen, der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Wer heute dem Volke wichtige Lebensmittel vorenthält, hat das Recht verwirkt, eine Vertrauensstellung als Geschäftsmann innerhalb unserer Stadt zu bekleiden.

Die Nichterfüllung einzelner Aufrufe in der letzten Zeit, so zum Beispiel von Fisch und Rationspaketen, lag in der Anlieferung. Zu dem Problem des sogenannten Rucksackverkehrs führte der Berichterstatter aus, dieser wickle sich in der Hauptsache nicht Samstag und Sonntag sondern von Montag bis Samstag ab. Beteiligt seien daran vor allem jene Leute, die es ablehnen, um 40 oder 50 Schilling wöchentlich am Wiederaufbau zu arbeiten, und die es vorziehen, durch diesen Rucksackverkehr ein Mehrfaches zu verdienen. So lange das Verbot des Rucksackverkehrs bestand, war die Gemüseversorgung einigermaßen gesichert und die Obstversorgung im Anlaufen. Man sollte jenen Behörden, die sich um die Versorgung der Stadt so sehr bemühen, auch das Recht einräumen, zu gewissen Vorschlägen und Maßnahmen ihre Meinung rechtzeitig bekunden zu können. Wenn der Rucksackverkehr weiterhin aufrecht erhalten bleibt, wird der Schleichhandel weiter blühen und die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung unmöglich gemacht. Unmittelbar nach Aufhebung des Rucksackverkehrs haben sich 20.000 Menschen in das Burgenland begeben, um Kirschen für den eigenen Bedarf und vor allem für den Schleichhandel zu kaufen.

Der strengen Bewirtschaftung im Verteilungsapparat muß eine gleich strenge Bewirtschaftung der Kompensationswaren gegenüberstehen, die zur Heranschaffung zusätzlicher Lebensmittel dienen. Zum Schluß richtet der Referent die Bitte an alle Parteien um Unterstützung in sämtlichen Fragen der Ernährung, um den Anschluß an die neue Ernte finden zu können. (Allgemeiner lebhafter Beifall)

Gemeinderat Fritsch (SPÖ) sprach als erster Redner in der Spezialdebatte. Es muß anerkannt werden, daß von der Stadtverwaltung alles unternommen wurde, um die Not einigermaßen zu lindern.

den und doch hungert die Bevölkerung derzeit nicht nur, sondern sie ist bereits am Verhungern. In unserer Republik wohnen derzeit zwei Nationen, die Satten und die Verhungerten. Dieser Zustand ist für die Bevölkerung auf die Dauer unerträglich. Der Völkerbund hatte für den arbeitenden Menschen 2400 Kalorien täglich zuerkannt und heute muß mit 40 % und weniger das Auslangen gefunden werden.

Ein weiterer Übelstand sind die Lebensmittelpreise. Diese sind seit dem Jahre 1945 im Durchschnitt um 50 % gestiegen, während andererseits der Arbeiter wegen des Lohnstopps keine Lohnerhöhung bekommen kann. Sie sind daher oft nicht in der Lage, die rationierten Lebensmittel zu kaufen.

Eine Erhöhung der Milchlieferung sollte angestrebt werden, auch muß getrachtet werden, den Kindern endlich einmal wirkliche Vollmilch zu geben.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Vergrößerung des Erntelands im nächsten Jahr. Jeder Anbauwillige sollte sein Land bekommen und es sollten ihm auch die nötigen Werkzeuge und das Saatgut zur Verfügung gestellt werden. Der Redner führte als Beispiel Moskau an, wo die Hälfte der Einwohner ein Ernteland besitzt.

Mit der Tätigkeit der Wirtschaftsverbände könne man nicht zufrieden sein. Sie handeln noch immer undemokratisch. Sie sind eine rein nazistische Einrichtung und man hat heute wohl die Spitzen ausgetauscht, aber der Beamtenapparat ist noch immer nazistisch durchsetzt. Der Redner appelliert an die Verbände, in ihren eigenen Reihen wieder Ordnung zu machen. Beim Viehwirtschaftsverband hat man den Eindruck, als ob er mit der Fleischerinnung zu wenig zusammenarbeiten würde. Auch der Kartoffelwirtschaftsverband arbeite nicht zufriedenstellend. Es muß versucht werden, schon heute die nötigen Waggon und Zubringerautos aufzutreiben, damit der Wiener Bevölkerung noch vor Beginn der Frostperiode ihre Kartoffel zugestellt werden können. Es werden allerdings nur drei Viertel des Bedarfes gedeckt werden können.

In der Brotversorgung werde wahrscheinlich eine Verschlechterung eintreten. Die Alliierten haben nämlich die Lieferung von Hafer und Maismehl angekündigt.

Die Russen haben uns im Vorjahr 17.000 Rinder zur Verfügung gestellt. Es taucht hier die Frage auf, wo die Häute dieser

17.000 Rinder hingekommen sind.

Der Schleichhandel muß auf das strengste bestraft werden. Es darf nicht sein, daß Leute, die schleichhandeln, ihr Geschäft weiterführen können. Auch gegen die Lokale, in denen man für viel Geld ohne Marken essen kann, muß schärfstens vorgegangen werden.

Viele Nazi besitzen noch ihr Geschäft. Der nazistische Inhaber läßt es zum Beispiel auf seine Frau, die nicht bei der Partei war, überschreiben oder bei Firmen mit mehreren Gesellschaftern tritt eben der nichtnazistische Gesellschafter nach außen hin in Erscheinung. Hier ist eine Lücke im Gesetz. Auch viele Reichsdeutsche sind noch immer in Besitz ihres Geschäftes und bewerben sich heute um die österreichische Staatsbürgerschaft. Ferner ist ein Großteil der jüdischen Geschäfte noch immer in den Händen ihrer Arisierer.

Die Kommunalisierung der Brotfabriken, Großmühlen, Molke-reien, Ersatzkaffee-Röstereien, Zuckerwaren- und Eisfabriken wäre unbedingt durchzuführen. (Beifall.)

Gemeinderat Ing. Dvofak (ÖVP) stellte fest, daß alle mit der Ernährung beschäftigten Stellen, trotz der bestehenden Schwierigkeiten, das Beste getan hätten. Er schilderte die Schwierigkeiten, die bestanden, als im vorigen Jahre mit der Organisation des Ernährungswesens begonnen wurde. Im Ernährungssektor sei mehr geleistet worden als bei der Ankurbelung anderer Wirtschaftszweige. Er machte die Mitteilung, daß es den Bemühungen des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes gelungen sei, eine tägliche Lieferung von 114.000 Liter Frischmilch aus Kärnten für Wien abzuschließen. Die Lieferfreudigkeit der wiener Gärtner war ursprünglich gegeben und die Hausfrauen hatten dies angenehm vermerkt. In den letzten Tagen sind aber durch Zulassung des Rucksackverkehrs gewaltige Mengen an Gemüse der geregelten Verteilung entzogen worden. Von den seinerzeit aus Oberösterreich zugewiesenen 3000 Rindern wurde die zweite Lieferungsrate von 1000 Stück täglich erwartet, doch bedürfe es noch der Erlaubnis der zuständigen Besatzungsmacht. Es ist nicht so, daß Österreich nichts dazu beitrage, um aus diesem Elend herauszukommen, vielmehr bestehen ungeheure Schwierigkeiten verschiedener Art.

Gemeinderat Lauscher (KPÖ) sprach von dem Bangen um den wöchentlichen Leben mittelaufbruch und der allgemeinen Unruhe in

den Betrieben. Es ist kein Zufall, daß diese Unruhe mit dem Ausbleiben der UNKRA-Lieferungen zusammengefallen ist. Gewisse Kreise haben in der Presse zu große Hoffnungen erweckt, vor welchen Stadtrat Sigmund schon einmal warnte. Der Redner wies darauf hin, daß die Vertreter der Gewerkschaften in den Wirtschaftsverbänden nur geringen Einfluß hätten. Er bemängelte die Organisation der Wirtschaftsverbände und wies insbesondere auf das Versagen der Kirschenaufbringung hin.

Die Stadt Wien dürfe sich nicht mehr länger mit der passiven Rolle eines Lebensmittelverteilers begnügen und er beantragte, daß der Bürgermeister und der Stadtrat für das Ernährungswesen ihren Einfluß im Ernährungsministerium für die Stadt Wien sichern sollen.

Die Lage, in der wir uns befinden, wäre die Folge einer Politik der Täuschung und einer unrichtigen Einschätzung der außenpolitischen Lage Österreichs. Gemeinderat Lauscher forderte die Schaffung einer einheitlichen Leitung des Ernährungswesens und die Aufbringung der Lebensmittel durch eine Zentralstelle unter verantwortlicher Leitung der Gemeinde Wien. Er beantragte weiter die Ausgabe von Industrieprodukten an Bauern, die das Ablieferungssoll erfüllen, den planmäßigen Wiederaufbau der Landwirtschaft, die Hebung der Viehwirtschaft, die Zuweisung des nichtbewirtschafteten Großgrundbesitzes an Arbeitswillige und die strengste Bestrafung des Schleichhandels unter eventueller Anwendung der Todesstrafe. Nicht zuletzt ist einem notwendigen Lohnausgleich und einer aktiven Handelspolitik das größte Augenmerk zuzuwenden. Alle Arbeiter und Angestellten und die Kommunistische Partei sind der Auffassung, daß eine grundlegende Änderung der Ernährungspolitik unerlässlich sei.

Die Ernährungsfrage wird aber auch immer spürbarer zu einem Preisproblem. Es ist erstaunlich, daß die höheren Preise amtlicherseits durch die Preisbildungskommissionen genehmigt werden. Gemeinderat Lauscher sprach sich weiterhin für den Rucksackverkehr aus. Er forderte auch noch die Abschaffung der in Wien mitessenden Ausländer. Es wäre die oberste Pflicht der Gemeindeverwaltung, in der heutigen Notzeit dafür zu sorgen, daß das tägliche Brot gesichert ist. Es gebe keine entscheidendere Aufgabe. Am Schlusse seiner Rede dankte Gemeinderat

Leuscher dem ortsführenden Stadtrat für das Ernährungswesen im Namen der Kommunistischen Partei für seine bisherigen Leistungen. (Beifall).

GR. Antonie Alt (SPÖ): Die Ernährungsfrage ist heute eine der brennendsten. Es ist erschütternd, dass im Jahre 1945 15.000 Menschen gestorben sind. Wir müssen daher besonders der Schwedenaktion danken die eine so wertvolle Hilfe wenigstens für unsere Kinder geleistet hat.

GR. Alt verlangte im weiteren Verlauf ihrer Rede für die Frauen zusätzliche Lebensmittel, denn sie sind die Trägerinnen der künftigen Generation. Es sollte eine strenge Kontrolle der Werksküchen durchgeführt werden, damit diese die kargen Mahlzeiten wenigstens schmackhaft zubereiten. Auch sollten die Wirtschaftsverbände, die voll und ganz versagt haben, der schärfsten Kontrolle des Ernährungsministeriums unterstellt werden.

Das Gemüse könne fast nicht mehr gekauft werden, da die Preise ständig steigen. Als Beispiel führte die Rednerin an: 6 mittlere Kohlrüben, 3 Häuptel Salat und 1 Bündel Karotten machten 5,25 S aus. Sie forderte die Erhöhung der Löhne und Gehälter entsprechend dem Preisniveau.

Das Untergewicht des Brotes fordere strengste Kontrolle der Gross- und Kleinbäckereien.

Es sollten wieder Frauen ehrenamtlich in den Dienst des Ernährungsamtes gestellt werden, um bei der Bekämpfung des Schleichhandels, bei der Preisüberwachung und bei der Aufklärung der Bevölkerung in Bezug auf Handhabung der Lebensmittelmarken mitzuwirken. Auch in den Verteilungsausschuss sollte eine Frau entsendet werden, die bei der Einteilung der Rationen für Kinder ihr Gutachten abgibt.

Im Radio sollten täglich in der Früh die Preise für Gemüse und Obst veröffentlicht werden.

GR. Erber (ÖVP) sprach über die Werksküchen. Derzeit bestehen in Wien 629 Werksküchen, in denen täglich 120.000 Personen ausgespeist werden, 339 Gemeinschaftsküchen mit einer Ausspeisung von 30.000 Personen täglich und 345.000 betriebs-eigene ... mit einer täglichen Ausspeisung von 86.000 Personen.

Der Redner regt an - da es schon wieder einige Tagosküchen gibt - daß wieder mehr Kleinabschnitte auf den Lebensmittelkarten vorzusehen oder Reisemarken einzuführen wären, damit die Arbeitenden dort essen können, wohin sie der Dienst führt. Dies wäre auch für Alleinstehende, denen niemand ein Mittagessen bereitet, sehr von Vorteil.

Gemeinderätin Franziska Krämer (SPÖ) sprach zur Erhöhung der Preise für Lebensmittel.

Die Rednerin führte folgendes Beispiel an: Einem Schwerarbeiter, der 2 Kinder und 1 Frau zu versorgen und einen Wochenlohn von 60 S hat, verbleiben nach dem Abzug der Steuern und nach Kauf der Wochenration 13'89 S zur Bezahlung von Gas, Licht und Miete, einem Arbeiter unter denselben Voraussetzungen 18'22 S und einem Angestellten 19'01 S. Der Lohnstop der Nazizeit wurde beibehalten, hingegen die Preise sofort der Jetztzeit angepaßt. Es muß bei Berechnung der Preise darauf gesehen werden, daß sie den Lohnverhältnissen angepaßt werden. Wenn man den Arbeitern und Angestellten die Kaufkraft nimmt, wird damit auch der Staat geschädigt. (Beifall)

Gemeinderat Dr. Soswinsky (KPÖ) bemängelte das schlechte Funktionieren der Wirtschaftsverbände und sagte, es wäre wichtig die Wirtschaftsverbände zu demokratisieren, damit die Verbraucher ein entscheidendes Wort mitsprechen können. (Beifall)

Gemeinderat Kaschik (SPÖ) betonte, wie wichtig es wäre, endlich die Ausländer, die höhere Verpflegssätze als die Österreicher bekämen, zu entfernen. Sie gefährden auch die Sicherheit des Landes. Man sollte an die Besatzungsmächte herantreten, damit sie ihre Truppen und Familienangehörigen mit Lebensmittel aus ihrem eigenen Lande verpflegen.

Die scharfen Maßnahmen gegen den Schleichhandel werden sehr begrüßt. Es dauert aber immerhin noch lange Zeit, bis die beim Schleichhandel betroffenen Menschen abgestraft werden.

Bezüglich der Abschaffung des Rucksackverkehrs sagte der Redner, daß bei Bekanntwerden desselben bei den Schleichhändlern größter Jubel geherrscht habe. (Beifall)

Gemeinderat Küblböck (ÖVP) würdigte die Bemühungen des Stadtrates für das Ernährungswesen um die Organisation des Ernährungswesens und dessen Bestrebungen, der Bevölkerung tunlichst behilflich zu sein.

Wenn die Kommunistische Partei zur gemeinsamen Arbeit auffordert, dann muss die Frage gestellt werden, warum die KPÖ es bei Schaffung des Ernährungsdirektoriums abgelehnt habe, in dieses einzutreten. Minister Altmann habe sein Teilnahme mit der Begründung abgelehnt, dass es ihm hiezu an der notwendigen Zeit mangle.

Der Redner berichtete von jenen Bäckereiarbeiten, die noch im Laufe der vorjährigen Kampfhandlungen sich selbstlos zur Verfügung stellten, um die Brotversorgung unserer notleidenden Stadt sicherzustellen. Besonders wäre den Arbeitern und Meistern des Kleingewebes zu danken, die dafür ihrerseits jetzt den Wunsch haben, auch bei den Mehlzuteilungen ein wenig besser berücksichtigt zu werden. Unhaltbar ist es, wenn so ein kleiner Bäckermeister nicht weiss, ob er sein Arbeiter kurz arbeiten oder ganz entlassen soll. In Besprechung des kommunistischen Kommunalisierungsantrages für Lebensmittelbetriebe wies der Redner darauf hin, dass die Gemeinde Wien schon aus der Zeit vor 1934 einen eigenen maschinell eingerichteten Bäckereibetrieb besitzt. Dieser wäre aber bekanntlich immer ein Sorgenkind gewesen. Am Schluss seiner Rede schilderte GR. Kuhlböck die Situation, die in den Tagen der Befreiung im St. Marxer Schlachthof herrschte. Eine Unzahl von Kadavern, die die Gesundheit der umliegenden Bezirke auf das Äusserste gefährdeten, wurden von der dortigen Arbeiterschaft ohne Aufforderung in anstrengendster Arbeit weggeschafft. Dieser Arbeiterschaft gebühre der Dank der Gemeindeverwaltung.

GR. Jirava (SPÖ) hebt hervor, dass uns alle anderen Länder, die gleich Österreich vom Nationalsozialismus überfallen wurden, in ihrer Aufbauarbeit weit voraus sind. Die Ursache dafür liege darin, dass alle diese Länder im Jahre 1938 ihre demokratischen Regierungen hatten, die ins Ausland gehen konnten, dort vertragsfähige Partner für die grossen Demokratien blieben und für Jahre voraus planen und vorarbeiten konnten. Sie konnten auch in Jalta, Moskau und Potsdam ihren Standpunkt vertreten. Dies alles war Österreich nicht möglich, da es 1938 keine demokratische Regierung hatte. Unsere Sorge um die Demokratie ist daher auch unsere Sorge um das tägliche Brot. Wenn man uns heute Vorwürfe macht, sollte man sich auch Gedanken darüber machen, ob das Los, das uns jetzt zuffällt, sich mit den seinerzeit gemachten Versprechungen vereinbaren lässt. (Beifall).

Gemeinderat Dr. Ing. Hengl (ÖVP) unterstreicht, daß der Forderung nach resoluter Erfassung der Lebensmittel auch die Bauernschaft zustimme. Gegen den Rucksackverkehr allerdings müßten schwere Bedenken erhoben werden, da er eine Gefährdung der Gemüse- und Obstversorgung Wiens bedeute. Außerdem würden schwere Schäden an den Kulturen entstehen. Der Redner zeigt die im Laufe des Krieges im landwirtschaftlichen Betrieb der Stadt Wien eingetretenen Verluste auf. Der Stand des Viehes ist von 2537 Stück zu Anfang 1945 auf 547 Stück, also auf 20 % herabgesunken. Die Einnahmen sanken von früher durchschnittlich 3,800.000 auf 732.000 Schilling. Er erhebt die Forderung nach Sicherung der Ernte gegen Diebstähle und spricht die Hoffnung aus, daß im Landtage ehebaldigst ein Gesetzentwurf zur wirksamen Interessenvertretung der Landwirtschaft eingebracht werde. (Beifall)

Gemeinderat Dr. Altmann (KPÖ) replizierte auf den Vorwurf, die Kommunistische Partei habe die Vertretung im Ernährungsdirektorium abgelehnt. Die Kommunistische Partei stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, daß auf allen Gebieten und insbesondere auf dem des Ernährungswesens demokratische Einigung und Konzentration der demokratischen Kräfte notwendig sei. Zu einem wirklichen Aufbau werde man nur dann kommen, wenn eine solche Zusammenarbeit tatsächlich erreicht werde. Die demokratische Einigung, die leider bis jetzt noch zu wünschen übrig lasse, sei ein Kampfziel, zu dessen Erreichung sich alle Demokraten vereinen sollten. Er stellt dem Vorwurf wegen Nichtbeteiligung im Ernährungsdirektorium eine historische Darstellung der Ereignisse gegenüber, die zur Gründung des Ernährungsdirektoriums führten. Dieses sei aus der Forderung entstanden, die Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel in einer Hand zu vereinigen. Da diese Forderung nicht verwirklicht wurde, sich aber alle Parteien darüber einig waren, daß die Tätigkeit der zwischen Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel eingeschalteten Wirtschaftsverbände kontrolliert werden müßte, sei als Überwachungsorgan das Ernährungsdirektorium geschaffen worden. Erst als dieses schon konstituiert war, sei in den Verhandlungen die Frage aufgetaucht, ob es nicht zweckmäßig wäre, auf diesem so wichtigen Gebiet auch einen Vertreter der Kommunistischen Partei beizuziehen. Dem Vorschlag, der Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung solle, weil er zufällig der Kommunistischen Partei angehört, dem Ernährungsdirektorium beigezogen

werden, hätten die Kommunisten nicht Folge geleistet, weil es sich bei der demokratischen Zusammenarbeit um tatsächliche Mitarbeit, nicht aber um eine formale Art rein bürgerlicher Mitverantwortung handeln müsse. Dem gegenüber hätten sie eine im Geiste der demokratischen Konzentration stehende positive Lösung vorgeschlagen, dass sich die zuständige staatliche Stelle der Mitarbeit der demokratischen Parteien bediene, die in Form verantwortlicher von allen Parteien beschickten Ausschüssen die Mitarbeit nicht nur kontrollieren, sondern auch die Verantwortung tragen sollen.

Es müsse auch eine Organisation geschaffen werden, um zu vermeiden, dass die industrielle Produktion dem Schleichhandel verzieht. Schuld daran sei nicht der Rucksackverkehr, sondern die private Kompensation.

Die Kommunistische Partei lehne es ab, den Hunger für die Politik auszunützen. Wenn aber nicht rechtzeitig dafür gesorgt werde, dass im nächsten Jahre eine andere Organisation im Ernährungs-wesen geschaffen werde, sei die Situation als schwarz zu bezeichnen, zumal die Zusagen für Auslandshilfe leider nicht allzu günstig seien.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) berichtete in seinem Schlußwort über die besonderen Schwierigkeiten unserer Ernährung in den letzten Monaten.

Der Redner zeigte auch die Schwierigkeiten der Einigung zwischen der Brotindustrie, den Bäckereien, Zuckerbäckern und der Süßwarenindustrie in Bezug auf die Mehlerverteilung auf.

Bei den Fleisch-Gemüse-Konserven war es schon schwieriger. Die Fleischer, Gemüsehändler und auch die Gemischtwarenhändler beanspruchten die Verteilung dieser Konserven für sich.

Daß die Gemüsepreise so hoch sind, resultiert daraus, daß ein Großteil von Gemüse aus Prag und Bratislava bezogen wird. Dort sind die Preise drei bis viermal höher als bei uns. Allerdings wird nicht nur ausländisches Gemüse verkauft, doch kann nicht immer genau überprüft werden, ob es sich um in- oder ausländisches Gemüse handelt.

Die Wirtschaftsverbände brauchen wir, weil sie nicht wie das Landesernährungsamt räumlich begrenzt sind. Es wird alles daran gesetzt werden, sie zu demokratisieren.

Es wird auch alles getan werden, daß den Werksküchen und Gaststätten mehr Lebensmittel zugeteilt werden.

Zum Schluß sagte Stadtrat Sigmund: "Wenn wir 7 Jahre Faschismus, 6 Jahre Krieg und diesen harten Winter überstanden haben, dann konnte dies nur geschehen, weil sich hier ein Wille zu gemeinsamer Arbeit vereinigt hat. Es muß auch einmal der Augenblick kommen, wo in dieser Stadt und in diesem Staate, eine freie Bevölkerung über ihre eigene Zukunft entscheiden wird." (Beifall)

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe X wurden einstimmig angenommen.

Die drei in der Debatte eingebrachten Anträge wurden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Sodann gelangte die Verwaltungsgruppe XI "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten" zur Verhandlung. Das Referat erstattete amtsführender Stadtrat Afritsch. Er gab einen Überblick über die Entwicklung der Bevölkerungsziffer unserer Stadt, in der es 1934 noch 2,086.847 Einwohner gegeben hat, während im Mai 1946 nur noch 1,618.072 Personen gezählt wurden. Davon sind 674.454 Männer und 943.618 Frauen. Auf 100 Personen entfallen somit 56 Frauen und nur 42 Männer. Der Bevölkerungsschwund ist auf die Gefallenen oder durch andere Kriegseinwirkungen Getöteten zurückzuführen. 300.000 bis 500.000 Kriegsgefangene sind noch nicht nach Österreich zurückgekehrt, unter denen sich 100.000 Wiener befinden dürften. Auch die erhöhte Sterblichkeit und der starke Geburtenrückgang dürfte von bedeutendem Einfluß auf den Bevölkerungsrückgang gewesen sein. In den bisher genannten Zahlen wurden alle Menschen mit eingerechnet, die im Bezug von Lebensmittelkarten stehen.

Eine wichtige Stellung im Allgemeinen Verwaltungsamt nehmen die Verleihungen der Staatsbürgerschaften ein. Personen, die vor 1915 in Österreich gelebt haben, können ohne weiteres die Staatsbürgerschaft erhalten, ebenso Frauen, die nach 1938 Reichsdeutsche geheiratet haben. Der Parteienverkehr in diesem Amte ist außerordentlich groß, da nicht weniger als 160.000 Ansuchen um Staatsbürgerschaft eingebracht wurden. Solange man aber kein klares Bild über die Person des Antragstellers hat, kann eine Entscheidung nicht getroffen werden. Die Heimatrolle ist der einzige Nachweis der Staatsbürgerschaft, der glücklicherweise sichergestellt werden konnte. Wäre dies nicht gelungen, das Chaos würde auf diesem Gebiete noch größer sein. Auch die

Ausstellung der Identitätskarten bewirkte, daß zehntausende Auszüge aus der Heimatrolle gemacht werden mußten. Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 1946 wurden siebenmal soviel Auszüge verlangt, als in normalen Zeiten. Durch den Wegfall der Heimatrechtstaxen erleidet die Stadt Wien einen jährlichen Ausfall von 400.000 S.

In Angelegenheit der in Wien lebenden Sudetendeutschen erklärte Stadtrat Afritsch, daß Wien kein Interesse daran habe, jenen Personen, die keine Antifaschisten waren, sondern die freiheitsliebende Menschen verfolgt haben, hier ein dauerndes Asyl zu gewähren. Es müssen daher in allen Fällen Nachforschungen nach dem Vorleben der Betroffenen angestellt werden.

Die Landesstelle für Heimkehrer und Kriegsgefangenenfürsorge hat bisher 114.000 Heimkehrer betreut, die allerdings nicht alle Wiener waren. Durch die Wohlfahrtsstellen erhalten die Heimkehrer 5 S Handgeld, einige Straßenbahnkarten und einige Zigaretten. Es ist dies wohl nur eine organisatorische Maßnahme, bei deren Ausbleiben sicher ein großes Durcheinander entstehen würde.

Zur Registrierung der Nationalszialisten teilte der Berichtserstatter mit, daß bisher insgesamt 110.899 Personen, davon 79.138 Männer und 31.761 Frauen registriert wurden. 80 % davon haben Nachsichtsgesuche eingebracht, die von den Kommissionen in 1263 Sitzungen erledigt wurden. Von den Nachsichtsgesuchen wurden 12 % vorläufig mit Entregistrierung beschieden. Die Berücksichtigung der Nachsichtsgesuche beträgt in Wien 5 % bis zu 18 %, in der Provinz bis 40 und 50 %; diese Ungleichheit in einer so entscheidenden Angelegenheit bedeute eine Ungerechtigkeit. Man sei daher von dem individuellen Verfahren abgegangen und strebe ein Verfahren nach äußeren Merkmalen, wie es in dem neuen Gesetz zum Ausdruck kommen werde, an.

Im Vereinswesen wurde der Deutsche Turnverein mit 73 Zweigstellen aufgelöst, die Militärkameradschafts- und Schützenvereine würden hoffentlich nicht mehr reorganisiert werden.

Im Sektor des Gewerbeses erfolgten anfänglich zwar viele Fehlbesetzungen, es konnten aber andererseits große Mengen an Rohstoffen und das Inventar vieler Werkstätten gerettet werden. Besonders viele Bewerber reichten um Bewilligung zum Betrieb von Kaffeehäusern, Kinos und Fuhrwerksbetrieben ein. Auf Fuhrwerks-

ungefähr 500 Gewerbeberechtigungen und Konzessionen erteilt. Die Zusammenarbeit mit den Innungen, den zuständigen Ministerien und den Kammern könnte immerhin noch verbessert werden.

Im Rahmen der Einrichtung der öffentlichen Verwalter bildet ein besonderes Kapitel die öffentliche Verwaltung der Wiener Kinos, von denen vorerst 121 betriebsfähige Kinos unter öffentliche Verwaltung gestellt wurden, da die meisten arisiert bzw. in Händen von Nazis gewesen waren. 53 Kinos wurden von den Besatzungsmächten mit der Begründung "unter Kontrolle" genommen, dass es sich um Eigentum von alliierten Staatsangehörigen oder nach alliierten Ländern Ausgewanderten handelt, 4 wurden von den Besatzungsmächten beschlagnahmt, 7 nicht übergeben, sodass derzeit nur mehr 55 Kinos unter öffentlicher Verwaltung stehen. Auch die aus dem Eigentum der sozialdemokratischen Partei stammenden Kinos stehen weiter unter öffentlicher Verwaltung.

Abschliessend berichtet der Referent über die Tätigkeit des Preisbestimmungsamtes und der Rechtsabteilung sowie über die Aktion "Jugend am Werk".

Das Erbe des Nationalsozialismus auf dem Gebiete des Feuerwesens war fürchterlich. Besonderer Dank müsse dem russischen Stadtkommando und der amerikanischen Militärbehörde für die Hilfe bei der Rückbeschaffung der verschleppten Löschautos und -geräte nach Wien ausgesprochen werden. Die Feuerwehr hatte in heurigen Jahre bereits über 2.660 Ausrückungen. In ihren Reihen befinden sich viele aufrechte antifaschistische Kämpfer. 6 Feuerwehrleute wurden zum Tode verurteilt, 2 sind in den KZ gestorben, 16 sind zu lebenslänglichem Kerker, 35 zu insgesamt 267 Jahren schweren Kerkers verurteilt worden.

Der Feuerwehr und auch der Staatsbürgerschaftsabteilung müsse für ihre vorbildliche Arbeit der besondere Dank ausgesprochen werden. (Lebhafter Beifall.)

GR. Maria Jacobi (SPÖ) sprach als erste Rednerin in der Debatte. Krieg und Faschismus haben uns ein schweres Jugendproblem zurückgelassen. Es gilt heute nicht nur, der Jugend den Weg in den Beruf zu öffnen, sondern jenen Menschen, die normalerweise schon im Berufsleben stehen würden, unsere Hilfe zu geben. Hier hat "Jugend am Werk" für Jugendliche bis 18 Jahre vorbildliche Arbeit geleistet. Rund 4.000 Menschen sind durch diese Organisation gegangen und bereits 2.000 sind im Verein mit dem Arbeitsamt dem

Berufsleben zugeführt worden. Auch in Lehrwerkstätten wird für die Heranbildung der Jugend Wertvolles geleistet; leider bestehen für Mädchen geringe Möglichkeiten, in Lehrwerkstätten unterzukommen.

Für die Jugendlichen von 18 bis 22 Jahren sollte aber auch eine Organisation "Jugend am Werk" geschaffen werden; desgleichen in Lehrwerkstätten und Fachschulen.

Die Gemeinde Wien sollte ferner "Jugend am Werk" ein Grundstück zur Verfügung stellen, auf dem sich die Jugend sowohl mit dem Gemüse- und Obstbau beschäftigen als auch ein Heim und Sportplätze für ihre Freizeit bauen kann. (Beifall)

Gemeinderat Dr. Kresse (ÖVP) betonte, daß auf dem Gebiete des Gewerbewesens alles Menschenmögliche getan wird. Leider fehlt auch hier der Rohstoff.

Er gedachte im Verlauf seiner Rede mit anerkennenden Worten des Bäckergewerbes und hier besonders der Bäckermeister, die in der schwierigen Zeit Außerordentliches geleistet haben. Sie haben nach Kriegsende die Wiener Bevölkerung mit Brot versorgt, weil die Brotfabriken noch nicht arbeiten konnten.

Jene Betriebe, die in der Nazizeit widerrechtlich gesperrt wurden, sollten je nach Einströmen der Waren wieder eröffnet werden.

Gemeinderat Dr. Altmann (KPÖ): Auf dem Gebiete der Feuerwehr sei beispielhafte Aufbauarbeit geleistet worden. Er gedachte der vielen Helden in der Zeit der fremden Annexion und besonders des für die Demokratie gestorbenen Feuerwehroffiziers Ing. Georg Weigl.

Auf dem Gebiete der Staatsbürgerschaft stehen wir vor äußerst schwierigen Aufgaben. Jedes einzelne Ansuchen wäre sorgfältigst zu überprüfen, damit nicht Leute eingebürgert werden, die sich den Feinden Österreichs zugewendet haben.

Gemeinderat Dr. Altmann stellte dann einen Antrag, wonach die Aktion "Jugend am Werk" so umzugestalten wäre, daß die daran teilnehmende Jugend vorwiegend in Lehr- und Umschulungswerkstätten beschäftigt und einem Berufe zugeführt wird.

Gemeinderat Planek (SPÖ) stellte fest, daß im Falle der Kinobetriebsgesellschaft der Versuch einer Kommunalisierung dadurch weitgehendst gestört wurde, daß es eine Bestimmung gibt, nach welcher die bis jetzt eingesetzten öffentlichen Verwalter solange in ihren Stellungen verbleiben, bis die Alliierten eine gegenteilige Entscheidung getroffen haben. Es sei bedauerlich, daß Österreicher in ihrem eigenen Lande sich in Rechtsfällen an ausländische Behörden wenden. Die Kinobetriebsgesellschaft, die nach dem Einzug der Nazi in Österreich von Reichsdeutschen zu dem lächerlichen Preise von 16.000 S gekauft wurde, und die im Laufe der vergangenen Jahre nicht weniger als 12 Millionen Schilling hereinbrachte, könne nicht mehr als bedenklicher Ankauf bezeichnet werden, sondern als Diebstahl.

Wer heute einen Film vorführen will, muß einen solchen ausländischer Herkunft leihen, für den eine Gebühr von 35 % der Bruttoeinnahme zu entrichten ist. Dieser Zustand wird unerträglich, umso mehr als es sich zumeist um ältere Filme, ja man könnte sagen, um Ladenhüter handelt. Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß wir durchaus imstande sind, unser eigenes Haus einzurichten und zu bestellen. (Beifall)

Gemeinderat Dr. Robetschok (ÖVP) kritisierte eine Rede des Dkfm. Pristov, die dieser vor einer Versammlung öffentlicher Verwalter hielt. Er stellte an den amtsführenden Stadtrat das Ersuchen, diesen anscheinenden Fall von Befugnisüberschreitung zu untersuchen.

Gemeinderat Koci (SPÖ) vertrat die Auffassung, daß die 300.000 S Ersatzleistung des Bundes für die Heimkehrer- und Kriegsgefangenenfürsorge an die Gemeinde Wien zu gering wären. Er stellte den Antrag, mit dem Finanzminister zu verhandeln, um einen höheren Zuschuß zu erreichen.

Gemeinderat Bauer (ÖVP) kam auf das Elend der Umsiedler und Flüchtlinge in Wien zu sprechen. Er bat, daß allen diesen Hilfesuchenden jene Räume zur Verfügung gestellt werden, die ihnen das Gefühl geben, daß sie in unserer Stadt menschlich behandelt und betreut worden sind. Er unterstrich weiter die Wichtigkeit der Aktion "Jugend am Werk", die schon in früheren Jahren einmal mit ganz bescheidenen Mitteln große Leistungen zeitigte. Es soll getrachtet werden, daß der Jugend jene Erziehung zuteil wird, die sie wieder zu wertvollen Menschen macht. Die Aktion soll aber niemals einseitig politisch beeinflusst werden.

GR. Jirava (SPÖ) hält den Ausführungen des GR. Dr. Robetschek entgegen, dass auch auf anderer Seite Versammlungen unter der Vorspiegelung sie wären von der Handelskammer veranstaltet, einberufen würden, in denen dann Sektionschefs und Abteilungsvorstände der Kammern nicht nur über unpolitische Probleme sprächen. Die kleinen öffentlichen Verwalter müssten in Schutz genommen werden, weil gerade diese Betriebe in der Zukunft für die Wirtschaft noch viel zu leisten haben werden.

In Wien liegen zurzeit über 100.000 neue Ansuchen um Gewerbescheine vor. Um einen Überblick auf diesem Gebiete zu erhalten, stellt der Redner den Antrag, in Anbetracht der ungeläuterten Lage auf dem Gebiete der Gewerbescheinerteilung eine Registrierung aller tatsächlich ausgetübten Gewerbeberechtigungen vorzunehmen, verlangt die Ungültigkeitserklärung aller seit mehr als einem Jahr ruhenden Gewerbeberechtigungen, sowie Prüfung aller seit 1934 erteilten Gewerbescheine auf ihre gesetzlichen Voraussetzungen. Gewerbescheinbewerber hätten den Beweis zu erbringen, dass sie die entsprechenden Betriebsmittel besitzen, um das Beabsichtigte Gewerbe auch tatsächlich ausüben zu können. Die Anzahl der Gewerbeberechtigungen solle in ein bestimmtes Verhältnis zu der Anzahl der Bevölkerung gebracht werden, um eine Gesundung des Gewerbes herbeizuführen. Bei dieser Frage solle das Einvernehmen mit den Kammern gepflogen werden. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Amtsführender Stadtrat Afritsch bemerkte in seinem Schlusswort, der Fall der angeblichen Überschreitung der Amtsbefugnisse werde untersucht und geklärt werden. Es komme aber nicht darauf an, was ein Beamter in einer Versammlung spreche, sondern darauf, dass er sein Amt korrekt und sachlich verwalte. In der Abteilung für die öffentliche Verwaltung werde korrekt und sachlich vorgegangen. Es wurden 1587 Verfahren abgeschlossen, die öffentlichen Verwalter können aber nicht eingesetzt, bzw. abgerufen werden, weil die gesetzliche Handhabe dazu fehlt.

Zu der in Aussicht genommenen und von allen Parteien angestrebten Kommunalisierung der Kinos fehlt die gesetzliche Grundlage. Es sei nur an die Kommunalisierung jener Kinos gedacht, die arisiert waren oder von Illegalen verwaltet wurden. Alle übrigen werden weiter wie bisher betrieben werden. Sollte es zu einer Kommunalisierung nicht kommen, erhebe die Sozialistische Partei den Anspruch auf Rückgabe der früher im Besitz der Sozialdemokratischen Partei befindlichen Kinos.

Bei der Einbürgerung könnten nicht alle Ansuchen gleichmäßig nach einem Schema behandelt werden, es müsse der strengste Maßstab angelegt, andererseits müßten jene Antifaschisten und Demokraten, die einmal den politischen Flüchtlingen aus unserem Lande geholfen haben, entsprechend berücksichtigt werden.

Der Forderung nach Erneuerung der Verwaltung trage die Gemeindeverwaltung durch Weckung eines neuen Geistes und intensive Schulung der Bewerber Rechnung. Mit Freude müsse das Verständnis aller Parteien für die Aktion "Jugend am Werk" konstatiert werden, doch mangle es an Lehrwerkstätten. Zur Ausbildung und Förderung der Lehrlinge bedürfe es einer bundsgesetzlichen Regelung. Die Anregung, Gruppen junger Menschen Grundstücke zum Obst- und Gemüsebau zur Verfügung zu stellen, werde der zuständigen Stelle zugeleitet und nach Möglichkeit verwirklicht werden. Der Ausbau der Feuerwehr werde Hand in Hand mit dem Ausbau der Stadt Wien erfolgen. Bei der Ausgabe von Gewerbescheinen und Konzessionen müsse mit größter Vorsicht vorgegangen werden. Der Berichterstatter schließt mit dem Wunsche, der Geist der Zusammenarbeit möge auch über die Budgetdebatte hinaus bestehen bleiben.

Bei der Abstimmung wird der ordentliche Voranschlag einschließlich der zugehörigen Ansätze des außerordentlichen Voranschlages angenommen, die zu der Gruppe gestellten Anträge werden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Damit ist die Beratung des Voranschlages der Stadt Wien für das Jahr 1946 beendet.

Bei Beratung des Kapitels "Bilanz und Bedeckung" stellte Stadtrat Honay fest, daß in 50stündiger Beratung 132 Debatte-redner ihre Meinung über die einzelnen Abschnitte des Budgets zum Ausdruck gebracht haben. Es sei zu hoffen, daß auch in

Zukunft in einem Sinne, der dem Ernst der Lage entspricht, verhandelt werde. Mit Rücksicht auf den herrschenden Material- und Arbeitsmangel werden nicht alle Vorhaben des Voranschlages durchgeführt werden können; daher ist es möglich, dass einzelne Posten des Budgets nicht zur Gänze ausgeschöpft werden. Es wäre grösste Sparsamkeit geboten, denn ein Teil des Budgets ist schon überschritten durch die angekündigte Erhöhung der Personalbezüge.

Schon in aller-nächster Zeit wird der Geinderat darüber beraten müssen, wie neue Einnahmemöglichkeiten erschlossen werden können. Die Stadt Wien ist weit davon entfernt, den Anleiheweg beschreiten zu können, weil Wirtschaft und Währung nicht auf Rosen gebettet sind. Es wird aber eine Zeit kommen, wo es nicht mehr notwendig sein wird, alle Kosten des Faschismus und des Krieges unserer Generation allein aufzubürden, sondern diese auf weitere Sicht verteilen zu können. Die Lasten für die Beseitigung der Kriegsschäden sollen aber nicht allein von den Gemeinden getragen werden, sondern es wäre dies vor allem Aufgabe der Regierung. Er bat um Annahme des Kapitels "Bilanz und Bedeckung".

Die bezüglichen Anträge des Referenten wurden einstimmig angenommen.

Die Schlussrede des Bürgermeisters
=====

Bürgermeister Genral a.D. Dr. h.c. Körner unterstrich in seinem Schlusswort den festen Willen des jungen Gemeinderates, den richtigen Weg zum Wiederaufbau zu suchen, und dankte der Österreichischen Volkspartei und der Kommunistischen Partei für den zum Ausdruck gebrachten Willen, nicht als Opposition, sondern als Mitarbeiter gelten zu wollen. Trotz mancher Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze müsse ein gemeinsamer Weg gefunden werden. Es sei nicht an Platze, sich auf die Verdienst einzelner Parteien in der Vergangenheit zu berufen, sondern es müssten neue Wege gegangen werden. Das dringendste Problem sei die Beseitigung der Kriegsschäden.

Der Bürgermeister erinnerte an seine Reise nach Stockholm, wo ihm vor dem Stadtrat erklärt wurde, man habe in Wien von Tandler, Seitz und Breitner gelernt und diese Erfahrungen angewendet und vervollkommen. Stockholm biete nun das Bild einer jungen sozialen Stadt.

Es muß uns mit Stolz erfüllen, wie weit wir in einem Jahr gekommen sind, auch wenn es uns allen noch immer viel zu langsam geht. Wenn jemand kritisiert, soll er auch Vorschläge machen, wie es besser zu machen wäre. Das Wichtigste ist, daß wir wirklich demokratisch werden. Es ist unmöglich, daß die Bevölkerung nach so vielen Jahren des Faschismus, jetzt schon demokratisch denken und handeln könnte.

Der Bürgermeister schloß mit Worten des Dankes an den Finanzreferenten Stadtrat Honay und an die übrigen antsführenden Stadträte, an den Magistratsdirektor Dr. Kritscha und an die Beamten des Magistrats, die bei der Erstellung des Budgets mitwirkten. Er dankte ferner den Stenographen für ihre unermüdlige Arbeit und den Vertretern der Presse für die Berichterstattung über die Budgetberatung. (Lebhafter Beifall)

Eine Frau als Bezirksamtsleiterin

Heute vormittags fand die Eröffnung eines neuen magistratischen Bezirksamtes in Liesing statt, die aus zwei Gründen besondere Beachtung verdient. Das Bezirksamt Liesing ist das erste, das nach der Befreiung Österreichs von der Gemeinde Wien neu geschaffen wurde. Es hat seinen Sitz im ehemaligen Liesinger Rathaus, dessen Kriegsschäden in überraschend kurzer Zeit beseitigt wurden.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Verwaltung unserer Stadt wurde an die Spitze eines Amtes eine Frau gestellt und zum ersten Mal nimmt eine Juristin eine leitende Stellung in unserer städtischen Verwaltung ein. Mit der Leitung des neuen Bezirksamtes in Liesing wurde Frau Dr. Hilda Borkowetz, betraut. Die neue Leiterin hielt bei der Eröffnungsfeier, an der Bürgermeister General ä. D. Körner, Vizebürgermeister Speiser, Magistratsdirektor Dr. Kritsch, die Bezirksräte von Liesing und viele andere Gäste teilnahmen, eine Ansprache, in der sie diese Tatsache feststellte und den Vertretern der Gemeindeverwaltung sowie vor der Bevölkerung von Liesing das Versprechen gab, so wie ihre männlichen Kollegen das Beste leisten zu wollen.

Die von fraulicher Herzlichkeit erfüllte Rede der neuen Amtsleiterin wurde von der Festversammlung mit grossem Beifall aufgenommen.

Bezirksvorsteher Radfux dankte der Gemeinde für die Errichtung des eigenen Bezirksamtes, das eine grosse Erleichterung für die Bevölkerung des Bezirkes darstellt und begrüßte seinerseits die Leiterin des Amtes.

Bürgermeister Körner würdigte in seiner Eröffnungsansprache den Gedanken der Gleichberechtigung der weiblichen Beamtenschaft der Stadt Wien, die in der Ernennung dieser Amtsleiterin ihren sinnfälligsten Ausdruck findet.

Wiener Verkehrsbetriebe

Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe teilt mit, dass von Montag, den 17. Juni l.J. an der Betrieb auf folgenden Linien verlängert wird und zwar fahren die letzten Züge der Linie 11 um 21'11 Uhr ab Stadler Brücke und um 21'41 Uhr ab Engelsplatz, ab Stadler Brücke nur bis Bhf. Vorgarten um 22'11 Uhr

15. Juni 1946

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 912

der Linie 158 um 22'30 Uhr ab Unter St. Veit und um 22'36 Uhr ab
Ober St. Veit,

" " 165 um 21'56 Uhr ab Gudrunstrasse und um 22'10 Uhr ab
Inzersdorf,
der erste Zug von Inzersdorf bis zur Gudrunstrasse
verkehrt um 21'10 Uhr.

Ausgabe der neuen Zusatzkarten in den Kartenstellen
=====

Das Zentralernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die Lebensmittelzusatzkarten der 16. Versorgungsperiode für
Betriebe und Dienststellen mit 10 oder weniger Personen werden ab
Montag, den 17. Juni 1946 durch die Kartenstellen nach dem Nomen des
Betriebes ausgegeben, und zwar für A bis G am Montag, H bis K am
Dienstag, L bis O am Mittwoch, P bis Sch am Freitag und St bis Z
am Samstag.

Ausgabeseit Mittwoch von 8 bis 14 Uhr, Samstag von 8 bis 12 Uhr
und an den übrigen Tagen von 11 bis 16 Uhr.

In den Anforderungslisten ist bei jedem Bezugsberechtigten
der Wohnbezirk anzugeben.

Lebensmittelaufrufe für Wien.

Das Zentralernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die aus der UNRRA-Hilfe für die kommende Woche vorgesehenen Lebensmittel sind noch nicht alle in Wien eingelangt. Es kann daher diesmal wieder nur ein Teilaufruf erfolgen. Die im voraus aufgerufenen Kartoffeln werden in dieser Woche mit dem Rationssatz von 1.40 kg für Normalverbraucher und 2.10 kg für Schwerarbeiter und Arbeiter angerechnet. Ein Kalorienüberschuß, der im Laufe der Periode auf die Zusatzkarten entstanden ist, muß gleichfalls in dieser Woche ausgeglichen werden. Im Zuge dieses Ausgleiches erfolgt auf die Zusatzkarten für Angestellte vorläufig kein Aufruf. Der Ausgleich wird im Nachtragsaufruf berücksichtigt, der voraussichtlich noch in der ersten Hälfte der kommenden Woche wird erfolgen können.

Im Rahmen des Teilaufrufes für die Woche vom 17. bis 23. Juni 1946 kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe.

a) Auf die Brotkarten.

B r o t (Mehl). Kinder bis zu 3 Jahren 50 dkg Brot oder 36 dkg Mehl auf 1/IV und 20 dkg Brot auf 4 Kleinabschnitte; Kinder von 3 bis 6 Jahren 40 dkg Brot auf W 1/IV, 60 dkg Brot oder 43 dkg Mehl auf 2/IV und 5 dkg Brot auf 1 Kleinabschnitt; Kinder von 6 bis 12 Jahren 40 dkg Brot auf W 1/IV, 60 dkg Brot oder 43 dkg Mehl auf 2/IV, 50 dkg Brot auf 3/IV und 25 dkg Brot auf 5 Kleinabschnitte; alle Verbraucher über 12 Jahre 40 dkg Brot auf W 1/IV, 30 dkg Brot oder 22 dkg Mehl auf 2/IV, 30 dkg Brot auf 3/IV, 30 dkg Brot auf 4/IV und 80 dkg Brot auf 16 Kleinabschnitte.

b) Auf die Lebensmittelkarten.

T r o c k e n e i. Auf Abschnitt 31 für sämtliche Verbraucher 3 dkg und auf Abschnitt W 10 für alle Verbraucher über 3 Jahre außerdem 3 dkg. Abschnitt 31 mit dem Aufdruck "SV" darf nicht eingelöst werden.

F e t t. Auf Abschnitt 32 für sämtliche Verbraucher 3 dkg und auf Abschnitt W 11 für alle Verbraucher über 3 Jahre außerdem 3 dkg. Abschnitt 32 mit dem Aufdruck "SV" darf nicht eingelöst werden.

Hülsenfrüchte. Auf Abschnitt 33 für Kinder von 3 bis 6 Jahren 5 dkg, für Kinder von 6 bis 12 Jahren 15 dkg und für alle Verbraucher über 12 Jahre 10 dkg; auf Abschnitt W 12 für alle Verbraucher über 3 Jahre außerdem 10 dkg.

Zucker. Auf Abschnitt 34 für Kinder bis zu 3 Jahren 60 dkg.

Haferflocken. Auf Abschnitt 38 für Kinder bis zu 6 Jahren 25 dkg.

Fleischkonserven (zu 12 Unzen). Auf Abschnitt 49 für Kinder von 6 bis 12 Jahren eine Dose.

Fruchtbombons. Auf Abschnitt 50 für Kinder von 3 bis 12 Jahren 10 dkg.

c) Auf die Milchkarten.

Milch. Auf jeden Tagesabschnitt für Kinder bis zu 18 Monaten $\frac{3}{4}$ Liter Frischmilch, für Kinder von 18 Monaten bis zu 3 Jahren $\frac{1}{2}$ Liter Frischmilch und $\frac{1}{4}$ Liter Magermilch, für Kinder von 3 bis 6 Jahren $\frac{1}{2}$ Liter gelöste Trockenmilch und für Kinder von 6 bis 12 Jahren $\frac{1}{4}$ Liter Magermilch mit Kakaozusatz.

d) Auf die Zusatzkarten.

Schwerarbeiter. 10 dkg Speck auf S 25, 30 dkg Hülsenfrüchte auf S 26, 1 Stück Schmelzkäse zu $6 \frac{1}{4}$ dkg auf S 28 und 210 dkg Brot auf S 32.

Arbeiter. 5 dkg Fett auf A 25, 6 dkg Hülsenfrüchte auf A 26 und 70 dkg Brot auf A 32.

Mütter (werdende und stillende). 10 dkg Speck auf M 22, 20 dkg Hülsenfrüchte auf M 23, 2 Dosen Fleischgemüsekonserven zu je 16 Unzen auf M 24, 1 Dose Fischkonserven zu 10 Unzen auf M 26, 1 Stück Schmelzkäse zu $6 \frac{1}{4}$ dkg auf M 27, 70 dkg Brot auf A 28 und auf jeden Milchabschnitt $\frac{1}{2}$ Liter Magermilch täglich.

Die auf "Brot" lautenden Abschnitte der Zusatzkarten sind ungültig.

Eierausgabe.

Nach Maßgabe der Anlieferungen erhalten Kinder und Jugendliche bis zu 18 Jahren sowie werdende und stillende Mütter 2 Eier auf den Abschnitt 445 des blauen Gemüseausweises B.

Die Abgabe erfolgt durch jenes Geschäft, bei dem die Voranmeldung mit Abschnitt 46 der Lebensmittelkarte vorgenommen wurde. Soweit keine Voranmeldung durchgeführt werden konnte, ist der Eierbezug in einem Nachzüglergeschäft möglich. Eine Liste der Nachzüglergeschäfte liegt in jedem Geschäft auf, das bei dieser Eierverteilung eingeschaltet und durch Aushang gekennzeichnet ist.

Geflügelhalter und ihre Haushaltsangehörigen haben, auch wenn nur eine Henne oder Ente gehalten wird, kein Recht zum Eierbezug. Im Betretungsfall wird nach den Bestimmungen des Bedarfsdeckungsstrafgesetzes vorgegangen.

.....

Kalorienwerte der aufgerufenen Lebensmittel.

Für die in der Vorwoche vom 10. bis 16. Juni 1946 aufgerufenen Lebensmittel betragen die durchschnittlichen Tageskalorienwerte

für die Verbrauchergruppe	Kalorien
0 bis 1 1/2 Jahre	895
1 1/2 - 3 "	928
3 - 6 "	1127
6 - 12 "	1273
über 12 "	1143
Schwerarbeiter	2605
Arbeiter	1816
Angestellte	1401
w.u.st.Mütter	2231

In die Kalorienberechnung wurde nur die einfache Kartoffelration einbezogen. Die im voraus aufgerufenen Kartoffeln werden jeweils in der Kalorienberechnung jener Woche berücksichtigt, für die der Aufruf gilt. Der Kalorienausgleich für die laufende Periode wird nach Verlautbarung des Nachtragsaufrufes für die kommende Woche bekanntgegeben.